

Er hofft auf weniger Schlagzeilen aus Reiden

Hans Kunz tritt zurück. Die turbulenten Jahre während seiner Amtszeit seien aber nicht der Grund dafür, sagt er.

«Ich bin am 22. März 70 Jahre alt geworden, nun ist ein guter Zeitpunkt, um mir über das Wie weiter Gedanken zu machen», sagt Hans Kunz auf Anfrage. Als Hauptgründe für den Rücktritt führt der Mitte-Politiker neben dem Alter auch gesundheitliche Probleme auf. Hans Kunz blickt als Gemeindepräsident von Reiden auf turbulente fünf Jahre zurück. Meinungsverschiedenheiten im Gemeinderat wurden immer wieder öffentlich ausgetragen, Kunz musste sich Kritik insbesondere von Mitgliedern aus der IG Reiden anhören.

Kunz übt bei Badiprojekt keine Selbstkritik mehr

Bis zu seinem Rücktritt Ende Jahr will Kunz «die politische Kultur in die richtige Richtung leiten». Der Umgang im und um den Gemeinderat sei zwar besser geworden während seiner Amtszeit. Trotzdem: Das Image der Gemeinde sei auch heute noch nicht ganz da, wo es sein sollte, so Kunz. «Wenn ich mit Leuten im Dorf spreche und sie auf die Zufriedenheit mit dem Gemeinderat anspreche, kommt oft die Frage: Ginge es auch mit weniger Schlagzeilen?» Eine dieser Schlagzeilen, welche für den Gemeinderat besonders unangenehm war, entstand während der Sanierung der Badi. Weil die Kosten aus dem Ruder liefen und um 2,5 Millionen Franken überschritten wurden, entliess der Gemeinderat schliesslich den gesamten Verwaltungsrat der Badi Reiden AG und musste sich die Kritik gefallen lassen, zu spät reagiert zu haben. Hans Kunz argumentiert, dass die Kommunikation mit dem Verwaltungsrat in einer Leistungsvereinbarung geregelt sei. Als sich dieser beim Gemeinderat meldete und einen Nachtragskredit einforderte, sei es bereits zu spät gewesen. Danach habe man ja reagiert, den Kredit ausgeschlagen und den VR entlassen. Auch rückblickend hätte man dies nicht viel anders machen können, bilanziert Kunz heute. Das klang auch schon anders: Als der Gemeinderat im Sommer 2021 die Resultate der eigens einberufenden Taskforce präsentierte, welche die Kostenüberschreitungen analysierte, gab sich der Gemeindepräsident selbstkritisch. «Die Kommunikation im Gremium war tatsächlich eine Schwierigkeit», sagte Kunz damals auf eine kritische Frage aus der Versammlung. Und weiter: «Es sind Fehler passiert, aus denen wir lernen müssen.» Auch jüngst sorgte die Gemeinde Reiden wieder für Aufsehen, als sie Wikon im Zusammenhang mit einem Fahrverbot öffentlich kritisierte und nun rechtliche Schritte gegen die Nachbargemeinde einleiten will. Hans Kunz spricht über diese Schlagzeilen nicht gerne, das Kapitel Badi Reiden bezeichnet er als «keines, das Freude macht». Dass dieses Projekt oder die Turbulenzen im Gemeinderat aber etwas mit seinem Rücktritt zu tun haben, bestreitet er. «Das hat überhaupt nichts damit zu tun, ich bin nach wie vor voll motiviert.» Wenn er noch etwas jünger wäre und gesundheitlich topfit, würde er «selbstverständlich weitermachen».

IG Reiden gibt sich konzilient

Was der Rücktritt von Hans Kunz für politische Auswirkungen in Reiden hat, ist derzeit offen. Möglich wäre, dass die bereits erwähnte IG Reiden Interesse am Präsidium zeigt. In der Vergangenheit hat sie schon dreimal für das Amt kandidiert. Hat Kunz mit seinem Rücktritt den Weg dafür bereitet? Der Noch-Gemeindepräsident verneint. «Der Kontakt unter den Parteien steht. Ich bin überzeugt, dass ein valabler Kandidat gefunden werden kann. Ich werde jedoch bei dieser Entscheidung nicht mehr involviert sein.»

Markus Schwander, Sprecher der IG Reiden, lässt offen, ob man erneut antreten will. «Wir haben erst gerade vom Rücktritt Kenntnis genommen und müssen uns zuerst im Gremium absprechen.» Die Diskussionen würden nun sehr wahrscheinlich über die anderen Parteien von der SP, SVP, FDP und Mitte laufen. Die Herausforderung werde sein, einen fähigen Kandidaten oder eine fähige Kandidatin zu finden. Gefragt seien Qualität und Kompetenz. In den vergangenen Jahren habe sich Reiden «in eine katastrophale finanzielle Lage gebracht». Obwohl man die Steuern erhöht habe, sei der Schuldenberg gewachsen, weil das Geld «unsorgfältig ausgegeben wurde», lautet das Fazit von Schwander. Dass die Herausforderungen nun von einem Mitglied der IG angegangen werden sollen, sei «überhaupt nicht zwingend», so Schwander. «Wenn eine andere Partei eine gute Kandidatur präsentiert, darf man diese nicht bekämpfen, sondern muss sie unterstützen.»

Aus dem E-Paper vom 14.04.2022 - Jonas Hess, Luzerner Zeitung